

# Das Wichtigste in Kürze

Die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts erhöhte sich im Berichtsjahr markant. Insgesamt gingen 8198 neue Fälle (2023: 7330 Fälle) ein; aus dem Vorjahr wurden 5619 Fälle übernommen. 7144 Fälle (2023: 6661 Fälle) wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 249 Tage (2023: 250 Tage).

Das Bundesverwaltungsgericht trieb das Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF voran, insbesondere die Projekte FAJUFI (Ablösung der Kernapplikationen in der Rechtsprechung) und GEVER (Einführung von Acta Nova). Um allen Mitarbeitenden weiterhin einen angemessenen Arbeitsplatz zu bieten, wurde im Austausch mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ein Bürokonzept entwickelt.

Im Berichtsjahr traten zwei neue Richterinnen und zwei neue Richter ihr Amt an (Giulia Marelli, Selin Elmiger-Necipoglu, Philipp Egli, Stephan Metzger). Die vom Parlament gesprochenen fünf zusätzlichen, befristeten Richterstellen wurden in die Abteilungen IV–VI aufgeteilt. Ende 2024 mussten die Abteilungen, die Verwaltungskommission und das Gerichtspräsidium neu bestellt werden. Auf Antrag des Gesamtgerichts wählte die Bundesversammlung im Dezember Claudia Cotting-Schalch zur Präsidentin und Contessina Theis zur Vizepräsidentin für die Amtsperiode 2025/2026.



# BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

<b>1. Allgemeiner Teil</b>	<b>64</b>
Zusammensetzung des Gerichts	64
Gerichtsorganisation	66
Kommissionen	67
Geschäftslast	68
Koordination der Rechtsprechung	69
Gerichtsverwaltung	69
Projekte	71
Aufsicht	71
Zusammenarbeit	72
Hinweise an den Gesetzgeber	72
<b>2. Statistiken</b>	<b>74</b>



## **GESCHÄFTSBERICHT 2024 DES BUNDESV ERWALTUNGSGERICHTS**

Sehr geehrte Frau Präsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 3 des Verwaltungsgerichtsgesetzes erstatten wir Ihnen nachfolgend Bericht über unsere Tätigkeit im Jahr 2024.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bundesverwaltungsgericht

Die Präsidentin: Claudia Cotting-Schalch  
Die Generalsekretärin: Sara Szabo

St. Gallen, 7. Februar 2025

# 1. ALLGEMEINER TEIL

## Zusammensetzung des Gerichts

### Leitungsorgane

#### Präsidium

Präsident:	Vito Valenti
Vizepräsidentin:	Claudia Cotting-Schalch

#### Verwaltungskommission

Präsident:	Vito Valenti
Vizepräsidentin:	Claudia Cotting-Schalch
Mitglieder:	Keita Mutombo Roswitha Petry Nina Spälti Giannakitsas

#### Präsidentenkonferenz

Vorsitzende:	Annie Rochat Pauchard, Präsidentin Abteilung I
Mitglieder:	Pascal Richard (stv. Vorsitz), Präsident Abteilung II Beat Weber, Präsident Abteilung III Gérald Bovier, Präsident Abteilung IV Barbara Balmelli-Mühlematter, Präsidentin Abteilung V Gregor T. Chatton, Präsident Abteilung VI

#### Stab Leitungsorgane

Generalsekretärin:	Sara Szabo
Stellvertreter:	Bernhard Fasel

### Abteilungen

#### Abteilung I

Präsidentin:	Annie Rochat Pauchard
Mitglieder:	Christine Ackermann Emilia Antonioni Luftensteiner Jérôme Candrian Maurizio Greppi Stephan Metzger (ab 1.4.) Alexander Misic Keita Mutombo Claudia Pasqualetto Péquignot Pierre-Emmanuel Ruedin Jürg Steiger Jürg Marcel Tiefenthal Iris Widmer

**Abteilung II**

Präsident:	Pascal Richard
Mitglieder:	Pietro Angeli-Busi
	David Aschmann
	Jean-Luc Baechler
	Francesco Brentani
	Kathrin Dietrich
	Christoph Errass
	Mia Fuchs
	Vera Marantelli-Sonanini
	Chiara Piras (ab 1.5.)
	Eva Schneeberger
	Marc Steiner
	Daniel Willisegger
	Christian Winiger

**Abteilung III**

Präsident:	Beat Weber
Mitglieder:	Caroline Bissegger
	Michela Bürki Moreni
	Philipp Egli
	Selin Elmiger-Necipoglu
	Caroline Gehring
	Viktoria Helfenstein
	Madeleine Hirsig-Vouilloz
	Christoph Rohrer
	Vito Valenti
	David Weiss

**Abteilung IV**

Präsident:	Gérald Bovier
Mitglieder:	Susanne Bolz
	Manuel Borla
	Daniela Brüscheweiler
	Daniele Cattaneo
	Yanick Felley
	Walter Lang
	Giulia Marelli (ab 1.4.)
	Chiara Piras (bis 30.4.)
	Jeannine Scherrer-Bänziger
	Thomas Segessenmann
	Nina Spälti Giannakitsas
	Contessina Theis
	Simon Thurnheer
	Chrystel Tornare Villanueva

**Abteilung V**

Präsidentin:	Barbara Balmelli-Mühlematter
Mitglieder:	Deborah D'Aveni
	Regina Derrer
	Gabriela Freihofer
	Markus König
	Constance Leisinger
	Camilla Mariéthoz Wyssen
	Esther Marti
	Lorenz Noli
	Roswitha Petry
	Grégory Sauder
	William Waeber
	David Wenger

**Abteilung VI**

Präsident:	Gregor T. Chatton
Mitglieder:	Yannick Antoniazza-Hafner
	Daniele Cattaneo
	Claudia Cotting-Schalch
	Basil Cupa
	Susanne Genner
	Sebastian Kempe
	Regula Schenker Senn
	Aileen Truttmann

Im Berichtsjahr amtierten *Vito Valenti* als Präsident und *Claudia Cotting-Schalch* als Vizepräsidentin des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten aus *Keita Mutombo*, *Roswitha Petry* und *Nina Spälti Giannakitsas* zusammen. Die Abteilungen wurden präsiert von *Annie Rochat Pauchard* (Abteilung I), *Pascal Richard* (Abteilung II), *Beat Weber* (Abteilung III), *Gérald Bovier* (Abteilung IV), *Barbara Balmelli-Mühlematter* (Abteilung V) und *Gregor T. Chatton* (Abteilung VI).

Neu zum Gericht stiessen per 1. Januar *Selin Elmiger-Necipoglu* sowie *Philipp Egli* und per 1. April *Giulia Marelli* und *Stephan Metzger*, wobei alle im Laufe 2023 durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt wurden. *Chiara Piras* wechselte per 1. Mai von der Abteilung IV in die Abteilung II.

**Gerichtsorganisation****Gesamtgericht**

Das Gesamtgericht traf sich im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sitzungen und zusätzlich zu einer Retraite. Dabei vereidigte es sieben neu eintretende Richterinnen und Richter. Austritte von Richterinnen und Richtern waren keine zu verzeichnen. Ende Jahr mussten die Abteilungen, die Verwaltungskommission und das Gerichtspräsidium neu bestellt werden. An der ordentlichen Sitzung vom 29. Oktober schlug das Gesamtgericht zuhanden der Bundesversammlung *Claudia Cotting-Schalch*, Richterin der Abteilung VI, als Gerichtspräsidentin und *Contessina Theis*, Richterin der Abteilung IV, als Vizepräsidentin für die Amtsperiode 2025/2026 vor.

An seiner Sitzung vom 10. Dezember wählte das Gesamtgericht folgende Abteilungspräsidentinnen und -präsidenten für die Amtsperiode 2025/2026: *Iris Widmer*, Abteilung I; *Mia Fuchs*, Abteilung II; *Vito Valenti*, Abteilung III; *Gérald Bovier*, Abteilung IV; *Barbara Balmelli-Müh-*

lematter, Abteilung V; Gregor T. Chatton, Abteilung VI. Zudem wählte es folgende Mitglieder für die Amtsperiode 2025/2026 in die Verwaltungskommission: Keita Mutombo, Richter Abteilung I; Beat Weber, Richter Abteilung III; Roswitha Petry, Richterin Abteilung V.

Im Rahmen einer einhalbtägigen Retraite befasste sich das Gesamtgericht im Mai eingehend mit einem Entwurf zum Code de conduite (Verhaltenskodex). Bereits im Jahr 2022 hatte sich die Richterschaft mit den Grundsätzen der seit 2011 bestehenden Ethikcharta auseinandergesetzt. Dabei erkannte sie den Bedarf und entschied, die Charta mit einem Code de conduite zu ergänzen, um die wichtigsten Verhaltensgrundsätze zu konkretisieren. Eingeführt durch ein Impulsreferat von alt Bundesrichter Luca Marazzi bearbeiteten die Teilnehmenden in verschiedenen Gruppen den bereits vorliegenden, von einer Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Entwurf des Code de conduite. Die Richterschaft reflektierte und diskutierte den Entwurf eingehend und konnte dadurch ein gemeinsames Verständnis der Verhaltensweisen und der Zusammenarbeit schaffen. Der Code de conduite soll zu einer Selbstverpflichtung der Richterschaft zu bestimmten Verhaltensweisen beitragen und wird 2025 weiterbearbeitet werden.

Im Zuge einer Erneuerungswahl wählte das Gesamtgericht zudem sechs Mitglieder der Schlichtungsstelle für die Amtsperiode 2025/2026.

### Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission hielt im Berichtsjahr zwölf ordentliche Sitzungen ab, darunter eine Retraite. Sie befasste sich intensiv mit Ressourcenfragen und internen Aushilfsmassnahmen und trieb das Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF voran, insbesondere die Projekte FAJUFI (Ablösung der Kernapplikationen in der Rechtsprechung) und GEVER (Einführung von Acta Nova).

Neben verschiedenen Entscheiden zu Personalgeschäften fasste die Verwaltungskommission die erforderlichen Beschlüsse zum Voranschlag 2025 und überwachte die Verfahrenszahlen. In Abstimmung mit den Abteilungen entschied sie über den Stellenetat für nicht richterliches Personal und die Gerichtsziele. Zudem beschloss sie in Übereinstimmung mit Art. 27 Abs. 1 VöB (SR 172.056.11), dass Beschaffungen ab 50 000 Franken künftig einmal jährlich veröffentlicht werden. Um den Anforderungen des Informationssicherheitsgesetzes (SR 128) zu genügen, wurde die Organisationseinheit «InfoSec BVGer» geschaffen.

### Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu zehn Sitzungen (zwölf im Vorjahr). Die Konferenz befasste sich in diesem Jahr unter anderem mit den Zielen und Prinzipien, die bei der Totalrevision der Richtlinien für die Urteilsredaktion, die Zitierung von Quellen und die Anonymisierung von Entscheiden verfolgt werden sollen. Ausserdem setzte sie sich mit den Prozessen auseinander, welche die einzelnen Schritte eines Beschwerdeverfahrens detailliert grafisch darstellen, und gab diese für die Weiterverwendung im Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF frei.

Über die weiteren Beschlüsse der Präsidentenkonferenz gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b und c VGG informieren die Abschnitte zur Koordination der Rechtsprechung sowie zu den Vernehmlassungen auf Seite 69.

## Kommissionen

### Redaktionskommission

Die Redaktionskommission (RK) definiert in Abstimmung mit der Präsidentenkonferenz die strategische Ausrichtung von Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts. Sie entscheidet über die Publikation in der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE). Die RK setzt sich in der Regel aus je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Abteilungen zusammen. Im Berichtsjahr kam es zu einem Wechsel in der Besetzung.

Im Berichtsjahr wurde die Aufgabe von vier Richterinnen bzw. Richtern sowie zwei Gerichtsschreiberinnen wahrgenommen. Die RK wird vom Leiter des Dienstes Amtliche Sammlung und Juristische Dokumentation des Generalsekretariats unterstützt. Im Berichtsjahr tagte die RK zehnmal, und es wurden sechs BVGE-Newsletter versandt. Der Jahresband der BVGE 2023 mit 23 Entscheiden erschien im Dezember. Den Jahreszielen entsprechend wurde der BVGE-Publikationsprozess überprüft, und es wurden der Präsidentenkonferenz Änderungsvorschläge unterbreitet.

### Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen und Richtern. Im Berichtsjahr setzte sie sich aus folgenden sechs ordentlichen Mitgliedern zusammen: Alexander Misic (Abt. I), Mia Fuchs (Vorsitz, Abt. II), Caroline Bissegger (Abt. III), Daniela Brüscheiler (Abt. IV), Markus König (stellvertretender Vorsitz, Abt. V) und Basil Cupa (Abt. VI); zudem gehörte Gerichtspräsi-



dent Vito Valenti dem Gremium von Amtes wegen an. Die Schlichtungsstelle hat sich zu einer ordentlichen Sitzung getroffen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

### Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission informiert, berät und vermittelt bei Streitigkeiten, die in den Bereich des Gleichstellungsgesetzes fallen. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist eine einvernehmliche Regelung des Streitfalls, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Die Schlichtungskommission klärt mithilfe der Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer/-in) den Sachverhalt und versucht, in der Schlichtungsverhandlung eine Einigung herbeizuführen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

### Personalkommission

Die Personalkommission (PEKO) befasste sich im Berichtsjahr mit diversen Anliegen der Mitarbeitenden und stand diesbezüglich in regelmässigem Austausch mit verschiedenen Leitungspersonen, insbesondere mit der interimistischen Leiterin des Bereichs Human Resources (HR). Sie tauschte sich unter anderem über die Ergebnisse der Personalbefragung sowie mögliche Massnahmen im Generalsekretariat und in den Abteilungen aus. Gleichzeitig wurde ein neues Reglement für die PEKO ausgearbeitet. Ferner organisierte die PEKO diverse Anlässe zur Förderung des Zusammenhalts unter den Mitarbeitenden, setzte sich auch im Übrigen für diverse Massnahmen zu deren Wohlbefinden und Weiterbildung ein und wirkte in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Bürokonzepts mit.

Die Vertrauensstelle dient als niederschwellige Anlaufstelle bei Konflikten oder in klärungsbedürftigen Situationen und steht allen Mitarbeitenden zur Verfügung. Ihre Dienstleistung kann in den drei Amtssprachen in Anspruch genommen werden. Im Berichtsjahr wurde sie aufgestockt und wird ab 2025 aus fünf Personen bestehen.

Auch in der aktuellen Berichtsperiode wurde der Vertrauensstelle Handlungsbedarf betreffend den gegenseitigen Umgang signalisiert. Zum einen wurde (erneut) ein teilweise unpassender Tonfall thematisiert, zum anderen auch das teilweise fehlende Miteinander im Team angemerkt. Ebenso wurden Führungsthemen, Fragen im Zusammenhang mit Arbeitszeugnissen wie auch wiederum Personalbeurteilungen angesprochen, die zuweilen eine hinreichende Nachvollziehbarkeit vermissen lassen würden. Die Vertrauensstelle traf sich auch mit der HR-Lei-

tung, um sich über grundsätzliche Themen auszutauschen. Die Anfragen zeigten, dass für das Angebot der Vertrauensstelle Bedarf besteht und dieses auch genutzt wird.

## Geschäftslast

### Überblick

Die Statistiken ab Seite 74 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 5619 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 8198 (Vorjahr 7330) neue Fälle ein, denen 7144 (Vorjahr 6661) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle ist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 1054 (+18,8%) auf 6673 gestiegen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 249 Tage (Vorjahr 250). Am Ende des Jahres waren 1134 (Vorjahr 1109) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die sechs Abteilungen:

Abteilung	Eingänge	Erledigungen
Abt. I	513	618
Abt. II	424	382
Abt. III	530	447
Abt. IV	2920	2356
Abt. V	2429	1995
Abt. VI	1382	1346
Gesamthaft	8198	7144

### Spruchkörperbildung

Der Begriff Spruchkörperbildung bezeichnet die Art und Weise, wie die Richterorgane gebildet werden, die über einen Fall urteilen. Am Bundesverwaltungsgericht werden die Verfahren von Einzelrichtern, Einzelrichterinnen mit Zustimmung einer Zweirichterin, Dreier- oder Fünfergremien beurteilt. Die auf den 1. Juni 2023 in Kraft getretenen Bestimmungen des Geschäftsreglements legen fest, welche Kriterien bei der Zuteilung berücksichtigt werden müssen. Es sind dies beispielsweise die Arbeitssprache, die Kammer- oder Fachgebietszuständigkeiten, die Beschäftigungsgrade, die Ausstandsgründe oder die Geschäftslast. Das angewandte Zuteilungssystem beruht auf einer automatischen und einer manuellen Komponente, wobei die Umsetzung in der Verantwortung der Abteilungspräsidien liegt. Sofern es technisch möglich ist, kommt die automatische Zuteilung mit einer Software

zum Einsatz. Die manuelle Komponente bleibt jedoch ein wesentlicher Bestandteil des Zuteilungssystems. Alle Zuteilungen der seit dem 1. Januar 2022 eingegangenen Verfahren sind systematisch dokumentiert und können statistisch ausgewertet werden.

Bei den im Berichtsjahr eingegangenen und erledigten Fällen wurden die Spruchkörper in 63% der Fälle automatisch gebildet – in 51% ohne Deaktivierungen und in 12% mit Deaktivierungen. Deaktivierungen erfolgen bei Krankheiten, bei Ferienabwesenheiten oder aus Ausstandsgründen. In 4% der Fälle wurde mindestens eine Richterposition automatisiert umbesetzt (z. B. bei Austritten) sowie in 33% der Fälle manuell besetzt. Die wesentlichen Gründe für manuelle Besetzungen waren konnexe Verfahren (42% aller manuellen Besetzungen), der Geschäftslastausgleich (15%) und die Sprachregelung im Asyl, wonach in den deutsch- und französischsprachigen Verfahren immer ein zweites Mitglied im Spruchkörper sein muss, dessen Hauptsprache derjenigen des Verfahrens entspricht (13%).

### Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in zehn (Vorjahr 13) Konsultationsverfahren zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten oder parlamentarischen Vorstössen begrüsst. Es erstattete fünf (Vorjahr 5) Stellungnahmen. Drei Verfahren waren am Ende des Berichtsjahrs noch in Bearbeitung.

### Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurden keine abteilungsübergreifenden Koordinationsverfahren nach Art. 25 VGG eingeleitet. Die Präsidentenkonferenz fasste Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, die alle Abteilungen betreffen. So entschied sie beispielsweise, das Vorgehen bei internen Ausstandsbegehren zu vereinheitlichen. Weiter beschäftigte sie sich mit Fragen zur Spruchkörperbildung bei Revisionsgesuchen, der Reduktion eines Fünferspruchkörpers sowie der parallelen Zirkulation eines Entscheids im Spruchkörper.

Rein asylrechtliche Fragen, seien diese materieller oder verfahrensrechtlicher Art, werden nach den Reglementen über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV, V und gegebenenfalls VI des Bundesverwaltungsgerichts koordiniert.

## Gerichtsverwaltung

### Gerichtsbetrieb

Mit dem Abschluss des Projekts GEVER wurden die neue Applikation Acta Nova eingeführt und die Daten der Gerichtsverwaltung schrittweise migriert. Nach der Inbetriebnahme wird Acta Nova unter der Leitung des Kompetenzzentrums GEVER weiter ausgebaut. Nachdem im Projekt FAJUFI der Zuschlag an die Softwareentwicklungsfirma LogObject erteilt wurde, begann die Entwicklung der neuen Applikation im engen Austausch mit den internen Nutzerinnen und Nutzern.

Die vom Parlament gesprochenen zusätzlichen, befristeten Vollzeitstellen (5 Richterinnen und Richter, 15 Gerichtsschreibende sowie 5 administrative Stellen) führten dazu, dass der verfügbare Platz für Büroräumlichkeiten am Gericht zunehmend knapper wurde. Um allen Mitarbeitenden weiterhin einen angemessenen Arbeitsplatz zu bieten, wurde im Austausch mit dem Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ein Bürokonzept entwickelt. Dieses Konzept zeigt Wege auf, wie passende Arbeitsplätze ohne grössere bauliche Massnahmen geschaffen werden können.

Im Sommer 2023 ging das Bundesverwaltungsgericht mit einer neuen Website online. Das digitale Erscheinungsbild wurde modernisiert und die Struktur der Inhalte vereinfacht. Bei der Best of Swiss Web Award Night 2024 erhielt die Website Bronze in der Kategorie «Public Value» für modernes Design und technologische Übersichtlichkeit.

### Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 467 Personen tätig: 73 Richter/-innen (65,9 Stellen), 249 Gerichtsschreiber/-innen (211,8 Stellen), 51 Kanzleimitarbeiter/-innen in den Abteilungen (42,3 Stellen) sowie 94 Mitarbeiter/-innen im Generalsekretariat (79,4 Stellen). Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Zuwachs von insgesamt 19 Personen, die insbesondere zur Bewältigung der stark steigenden Geschäftslast im Asylbereich beitragen. Zudem machten 5 Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht, und 14 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

69,4% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 23,1% französischer, 7,3% italienischer und 0,2% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahrs über das ganze Gericht gesehen

58,5%, wobei er beim richterlichen Personal bei 47,9% und bei den Mitarbeitenden bei 60,4% lag. 32,9% der Richter/-innen und 50,8% der Angestellten arbeiteten Teilzeit mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90%. Die Fluktuationsrate betrug 12,3% (Vorjahr 11,0%); während es bei der Richterschaft keine Austritte zu verzeichnen gab, belief sich diese Rate bei den Gerichtsschreibern und -schreiberinnen auf 13,1% und beim übrigen Personal auf 17,4%.

### Finanzen

Den Erträgen von 5 623 600 Franken stehen Aufwendungen von 93 215 100 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 6,0%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 442 100 Franken oder 8,5% zu verzeichnen, teilweise aufgrund höherer Gebühreneinnahmen der eidgenössischen Schätzungskommissionen in der Höhe von 123 400 Franken. Bei den Gerichtsgebühren des Bundesverwaltungsgerichts wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Mehrertrag von 302 700 Franken oder 6,7% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 16,7% zugenommen. Die durchschnittliche Gebühr pro Verfahren ist gegenüber dem Vorjahr um 8,5% auf 1160 Franken gesunken. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 2 402 500 Franken oder 2,6% gestiegen.

Der Personalaufwand hat um 2 585 700 Franken zugenommen und der Sach- und Betriebsaufwand um 177 600 Franken abgenommen. In diesen Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 161 600 Franken enthalten. Die Aufwendungen der eidgenössischen Schätzungskommissionen belaufen sich auf 1 273 700 Franken. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 70 500 Franken aus. Diese betreffen Investitionen für den Ersatz des Gerichtsfahrzeuges, die Erneuerung der Badge-Ladestation sowie den Videokonferenzausbau. Die Abschreibungen betragen 46 500 Franken und betreffen das Videoüberwachungssystem, ein Geschäftsfahrzeug sowie Videokonferenzinstallationen.

### Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht veröffentlichte 25 Medienmitteilungen (Vorjahr 21). 22 davon betrafen die Rechtsprechung und 3 den übrigen Gerichtsbetrieb. Insgesamt behandelte der Bereich Kommunikation 200 Anfragen von Medienschaffenden und 21 Anfragen von Dritten. Ende Jahr waren 48 Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert.

Von besonderem öffentlichem Interesse waren beispielsweise mehrere Entscheide zur Wolfsregulierung, ein Urteil zur Vermittlung von Essenslieferungen über eine Internetplattform und ein Entscheid zur Betriebsverordnung für das Reservekraftwerk Birr. Schlagzeilen machten ferner die Einstufung von Comparis als Versicherungsvermittlerin, das Nichteintreten auf das verspätete Gesuch um Weiterbenützung des Schweizer Wappens sowie die Klärung der asylrechtlichen Relevanz von türkischen Ermittlungsverfahren auf die Flüchtlingseigenschaft von Asylsuchenden.

Für die im Jahr 2023 modernisierte Website konnte das Bundesverwaltungsgericht im Berichtsjahr die bronzene Auszeichnung des Fachwettbewerbs «Best of Swiss Web» entgegennehmen. Weiter wurde eine neue Onlineplattform für die Zusammenarbeit mit den akkreditierten Medienschaffenden entwickelt. Die zeitgemässe Plattform trägt nebst den Nutzerbedürfnissen auch dem Daten- und Persönlichkeitsschutz Rechnung und wird Anfang 2025 in Betrieb genommen.

### Informationssicherheit am Bundesverwaltungsgericht

Am 1. Januar sind das neue Informationssicherheitsgesetz sowie die dazugehörigen Verordnungen in Kraft getreten. Angesichts des interdisziplinären Charakters dieses Rechtsgebiets und insbesondere auch der Themennähe zum Datenschutz hat sich das BVGer für eine gebündelte Bearbeitung der entsprechenden Themenfelder entschieden. Zu diesem Zweck wurde per 1. Mai die Fachpartnerschaft «InfoSec BVGer», bestehend aus dem Informationssicherheitsbeauftragten und seinem Stellvertreter, ins Leben gerufen.

InfoSec BVGer adressiert das Thema Informationssicherheit ganzheitlich und im gesetzlich vorgesehenen Umfang und vereint dabei die Fachkompetenzen der Informatiksicherheit, des Informations- und Datenschutzes sowie des Öffentlichkeitsprinzips gemäss Öffentlichkeitsgesetz.

InfoSec BVGer befasste sich insbesondere ab der zweiten Berichtsjahreshälfte schwerpunktmässig mit organisatorischen Belangen, worunter neben formellen Anpassungen und kommunikativen Massnahmen auch die Konzeptionierung des künftigen Informationssicherheitsmanagements fielen. Aus dem Tagesgeschäft von InfoSec sind weiterhin die zentralisierte Bearbeitung von Zugangsanfragen sowie die Beratung bei jedweden Informationssicherheits- und Datenschutzanliegen zu erwähnen. Auf Bundesebene ist InfoSec BVGer an der

Konferenz der Informationssicherheitsbeauftragten (KISB) vertreten.

## Projekte

### eTAF

Das Bundesverwaltungsgericht brachte im Berichtsjahr sein ehrgeiziges Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF massgeblich voran. Das Ziel dieses Modernisierungsprojekts ist, die Arbeitsprozesse des Gerichts schrittweise zu digitalisieren, mit der Priorität, die Effizienz der Arbeitsmethoden zu optimieren und den Zugang zur Justiz zu vereinfachen.

Im April genehmigte die Verwaltungskommission die Wahl der Anwendung MyAbi JURIS, die von der Firma LogObject entwickelt wurde. Diese innovative Lösung wird die aktuellen Systeme Juris, Findinfo und Bandlimat ersetzen und dabei erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. Die Implementierungsarbeiten begannen im Juli, und die Pilotphase ist im Juni 2025 in der Abteilung VI und im Oktober in der Abteilung II vorgesehen.

Gleichzeitig wird das Gericht die Pilotphase des nationalen Projekts Justitia 4.0 einleiten, einer gross angelegten Initiative zur Harmonisierung der Digitalisierung im gesamten schweizerischen Justizsystem. Diese Etappe wird zwei wichtige Anwendungen umfassen: die eJustizakte-Applikation (JAA) und die Plattform Justitia.Swiss für den elektronischen Rechtsverkehr. Diese Projekte stellen einen wesentlichen Fortschritt auf dem Weg zu einer besser vernetzten und effizienteren Justiz dar.

Parallel dazu ist im Gericht ein weiteres strategisches Vorhaben im Gang: das Projekt DIDOERV, mit dem die Digitalisierung der Dossiers eingeführt und der Eingang der Post über ein Digitalisierungszentrum automatisiert werden soll. Obwohl sich dieses ehrgeizige Projekt noch in der Testphase befindet und mit einigen Verzögerungen konfrontiert ist, ist seine Einführung in die Produktivumgebung nach wie vor im Jahr 2025 geplant.

Mit diesen Initiativen bekräftigt das Bundesverwaltungsgericht seine Entschlossenheit, Teil einer entschiedenen modernen, zugänglichen und zukunftsorientierten Justiz zu sein.

## Aufsicht

### Eidgenössische Schätzungskommissionen

Das Bundesverwaltungsgericht beaufsichtigt die administrative Geschäftsführung der eidgenössischen Schätzungskommissionen und ihrer Präsidien (Art. 63 lit. a EntG). Zuständig für die administrative Aufsicht ist der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin. Mittels entsprechender Verordnungen sind die Gebührenvereinnahmung zugunsten sowie die Entschädigungsabrechnung zulasten der Rechnung des Bundesverwaltungsgerichts detailliert geregelt. Die Rechnungsführung der eidgenössischen Schätzungskommissionen erfolgt durch die Finanzabteilung des Bundesverwaltungsgerichts.

Die Prüfung der Jahresberichte der ESchK-Kreise für das Jahr 2023 hat ergeben, dass die Kommissionen ihre Verfahren im gewohnten Umfang erledigten. Dabei waren die Erledigungszahlen nachvollziehbar.

Im Berichtsjahr konnten die noch fehlenden Sitzungen der administrativen Aufsicht mit den Kreisen durchgeführt werden, um alle Mitglieder kennenzulernen. In drei Kreisen fanden deshalb Inspektionen statt. Diese gaben der administrativen Aufsicht einen guten Einblick in das Funktionieren und die Tätigkeit der Kreise. Auch konnten allfällige Anliegen geklärt werden.

Die Prüfung des Jahresberichts der Schätzungskommission Kreis 10, die mit den höchsten Fallzahlen konfrontiert ist, hat ergeben, dass im Zusammenhang mit der Entschädigung in Enteignungsverfahren insgesamt 50 Fälle erledigt wurden (Pendenzen Ende 2022: 783 Fälle; Neueingänge: 1 Fall; Pendenzen Ende 2023: 734 Fälle), die meisten davon betreffend Fluglärm. Der Kreis war auch mit diversen Kostenbeschwerden seitens des Flughafens Zürich konfrontiert, für die zusätzlicher administrativer Aufwand anfiel.

Im Berichtsjahr gab es altershalber in allen Kreisen zahlreiche Rücktritte von Mitgliedern zu verzeichnen. Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen konnten alle Funktionen neu besetzt werden. Die zuständige interimistische Vizepräsidiumsstelle im Kreis 10 wurde seitens des Bundesgerichts aufgehoben und das Präsidium neu besetzt.

### Bundesgericht

Die Hauptthemen der Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts am 12. April umfassten den Geschäftsbericht 2023, das Reporting zu den Erledigungen und Pendenzen im vergangenen Jahr, die Rechnung 2023 sowie den Voranschlag für 2025.

Neben organisatorischen Fragen wie der Aufhebung des Kammersystems in der Abteilung I und dem Übergang zum Fachgebietssystem wurden auch technische Aspekte der IT-Organisation im Hinblick auf die Digitalisierung diskutiert. Ein weiteres Thema war die hohe Geschäftslast in den Asylabteilungen: Durch die Priorisierung von Schnellverfahren mit kurzen Bearbeitungsfristen konnten 2023 weniger Altfälle im ordentlichen Verfahren abgeschlossen werden – ein Spannungsfeld, das die Asylabteilungen seit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes prägt. Wie gewohnt diente die Sitzung auch der Vorbereitung der Sitzung mit den Geschäftsprüfungskommissionen am 8. Mai.

An der Aufsichtssitzung vom 4. Oktober in St. Gallen wurden die Geschäftslast, die personelle Situation sowie die Stellungnahmen der Gerichte zum Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen zur Geschäftsverteilung bei den eidgenössischen Gerichten besprochen.

Im Berichtsjahr gingen zwei Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht beim Bundesgericht ein. Den beiden Anzeigen wurde keine Folge geleistet.

### Bundesversammlung

Am 14. Februar fand in Bern eine Sitzung der Subkommissionen Gerichte/BA der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte statt. Die Verwaltungskommission des Bundesverwaltungsgerichts informierte dabei über aktuelle Tätigkeiten und Herausforderungen und beleuchtete die Hintergründe zur medialen Berichterstattung über Konflikte am Gericht. Die jährliche Sitzung mit der GPK zum Geschäftsbericht 2023 folgte am 8. Mai in Lausanne.

Mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte wurden im Berichtsjahr zwei Sitzungen abgehalten. Am 25. April wurde die Staatsrechnung 2023 behandelt, und an der Sitzung vom 23. Oktober standen der Voranschlag 2025 sowie der Finanzplan 2026–2028 zur Diskussion. In beiden Sitzungen wurden auch Querschnittsfragen beantwortet. Die Finanzkommission gab den Vorschlag zuhanden des Parlaments frei.

Um den dringenden Personalbedarf im Asylbereich zu decken, schrieb die Gerichtskommission nach der Zustimmung des Parlaments zur vorübergehenden Erhöhung der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht von 65 auf 70 und zur entsprechenden Änderung der Richterverordnung fünf neue Stellen aus und unterbreitete ihren Vorschlag dem Parlament. An der Kommissionssitzung vom 28. August empfahl die Gerichtskommission sodann der Bundesversammlung, sämtliche 73

amtierenden Richterinnen und Richter des Bundesverwaltungsgerichts für die Amtsperiode 2025–2030 wiederzuwählen.

Am 13. März wählte die Vereinigte Bundesversammlung Giulia Marelli zur Richterin am Bundesverwaltungsgericht. Im Rahmen der alle sechs Jahre stattfindenden Gesamterneuerungswahlen bestätigte die Bundesversammlung am 25. September die Wiederwahl aller amtierenden Richterinnen und Richter. Gleichentags wurden auch die fünf neuen Mitglieder gewählt.

Auf Vorschlag der Gerichtskommission wählte die Bundesversammlung am 18. Dezember Claudia Cotting-Schalch zur Präsidentin und Contessina Theis zur Vizepräsidentin des Gerichts für die Amtsdauer 2025/2026.

### Zusammenarbeit

Die eidgenössischen Gerichte stehen untereinander in regelmässigem Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng zusammen. Auf Ebene der Generalsekretariate fanden zwei gemeinsame Treffen statt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Wiederkehrende Themen waren das Projekt Justitia 4.0, die Digitalisierung im Allgemeinen sowie der Datenschutz und die Informationssicherheit. Wie üblich wurden im Rahmen dieser Treffen auch die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

### Hinweise an den Gesetzgeber

Dem Bundesverwaltungsgericht werden fortlaufend neue Zuständigkeiten zugewiesen, und der Bundesgesetzgeber setzt in der Rechtsetzung vermehrt Erledigungsfristen für die Rechtsprechung fest (z. B. Behandlungsfristen nach Art. 109 AsylG, 18-monatige Frist gemäss Art. 44a Abs. 1 Bst. c VE-KG [23.047], 180-tägige Erledigungsfrist ab Abschluss Schriftenwechsel gemäss Art. 16j VE-EleG [Vernehmlassung 2024/59], 5-tägige Behandlungsfrist gemäss Art. 64a Abs. 2<sup>bis</sup> VE-AIG). Hinzu kommen Bestimmungen, die eine «beförderliche» Behandlung der Verfahren verlangen, z. B. in den «ETIAS»-Verfahren. Die Zunahme derartiger Behandlungs- und Erledigungsfristen führt nicht nur dazu, dass sich der Gesamtaufwand für die Geschäftserledigung erhöht. Auch deren Einhaltung wird immer schwieriger. Die Verfahrensbeschleunigung ist ein zentrales Gebot in der Justiz, bedarf allerdings auch genügend Personalressourcen. Ohne diese

führen Erledigungsfristen, teilweise gepaart mit materiellen Verjährungsfristen (z.B. zwei Jahre gemäss Art. 42 Abs. 3 MWSTG), zunehmend zu Zielkonflikten bezüglich der Reihenfolge der Verfahrenserledigung und in letzter Konsequenz dazu, dass die übrigen Verfahren zunehmend länger dauern. Dies ist rechtsstaatlich nicht unproblematisch, da damit der Grundsatz der Beurteilung in-ner angemessener Frist verletzt werden könnte (Art. 29 Abs. 1 BV).

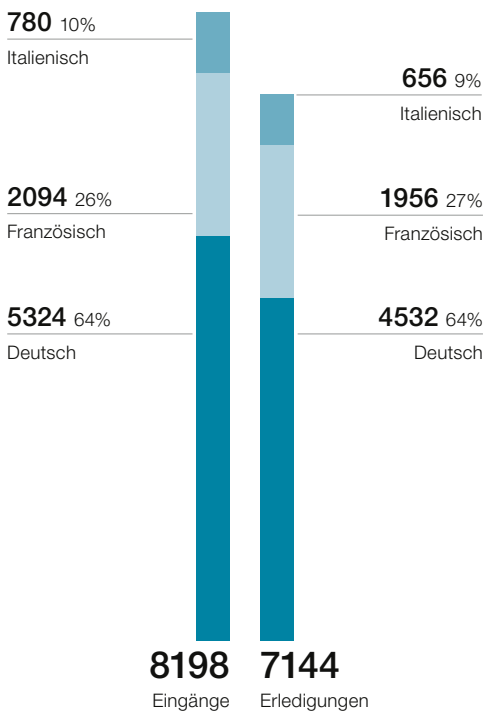
Im Zusammenhang mit den sozialversicherungsrechtlichen Verfahren ist nach wie vor nicht klar, ob die Bestimmungen des BEKJ (23.022) anwendbar sind und somit nach Einführung von Justitia 4.0 die Dossiers auch in diesen Verfahren digital geführt werden dürfen und die Kommunikation elektronisch erfolgen kann. Es wird dringend empfohlen, eine klare gesetzliche Grundlage hierfür zu schaffen. Andernfalls ist heute bereits absehbar, dass für das Bundesverwaltungsgericht ein massiver organisatorischer Mehraufwand und erhebliche Mehrkosten resultieren.

## 2. STATISTIKEN

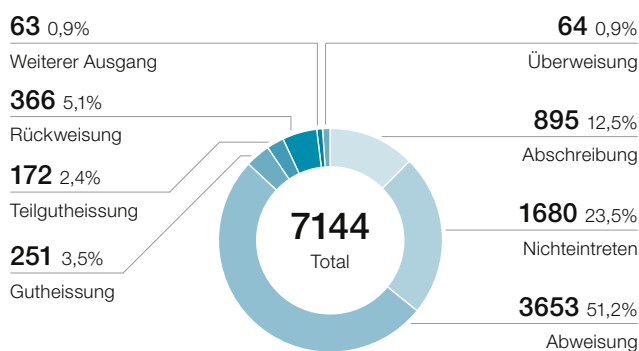
### 2.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingang 2023	Erledigung 2023	Übertrag von 2023	Eingang 2024	Erledigung 2024	Übertrag auf 2025	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Gutheissung	Teilgutheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	6969	6320	5531	7771	6721	6581	796	1559	3573	202	172	363	28	28
Klagen	1	7	1	2	1	2	-	-	-	1	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	212	199	51	215	231	35	89	18	27	39	-	3	24	31
Revisionsgesuche usw.	148	135	36	210	191	55	10	103	53	9	-	-	11	5
<b>TOTAL</b>	<b>7330</b>	<b>6661</b>	<b>5619</b>	<b>8198</b>	<b>7144</b>	<b>6673</b>	<b>895</b>	<b>1680</b>	<b>3653</b>	<b>251</b>	<b>172</b>	<b>366</b>	<b>63</b>	<b>64</b>

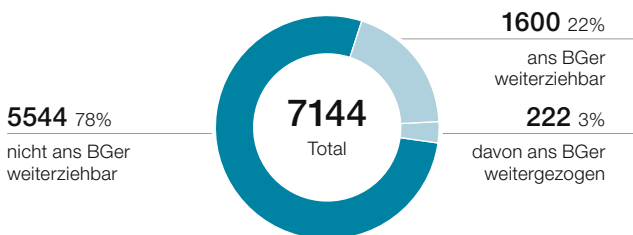
#### 2.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2024



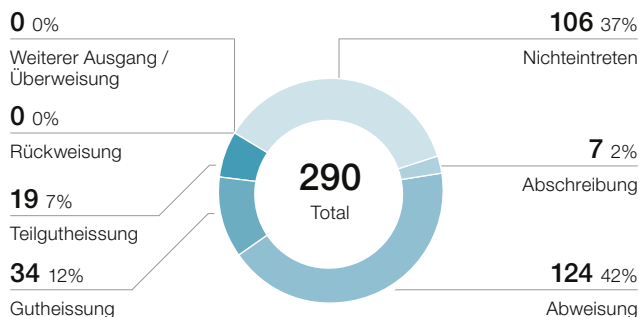
#### 2.1.2 Art der Erledigung 2024



#### 2.1.3 Erledigung 2024

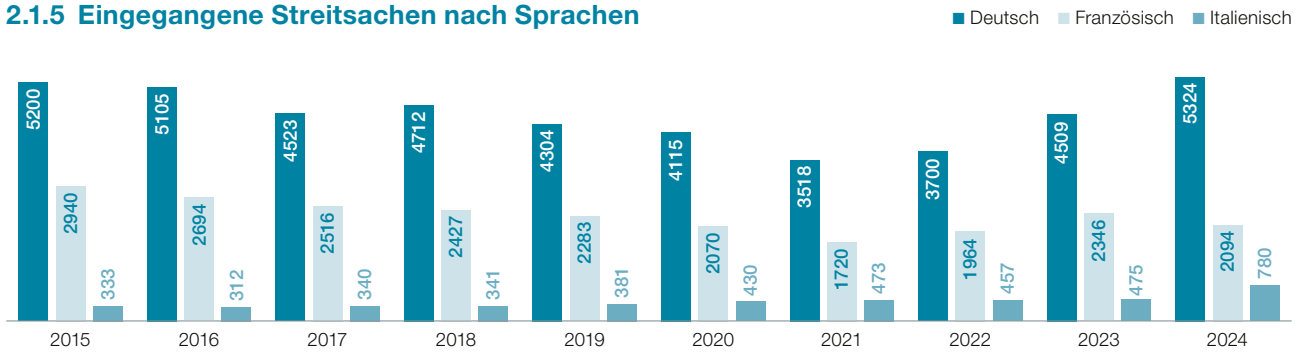


#### 2.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren



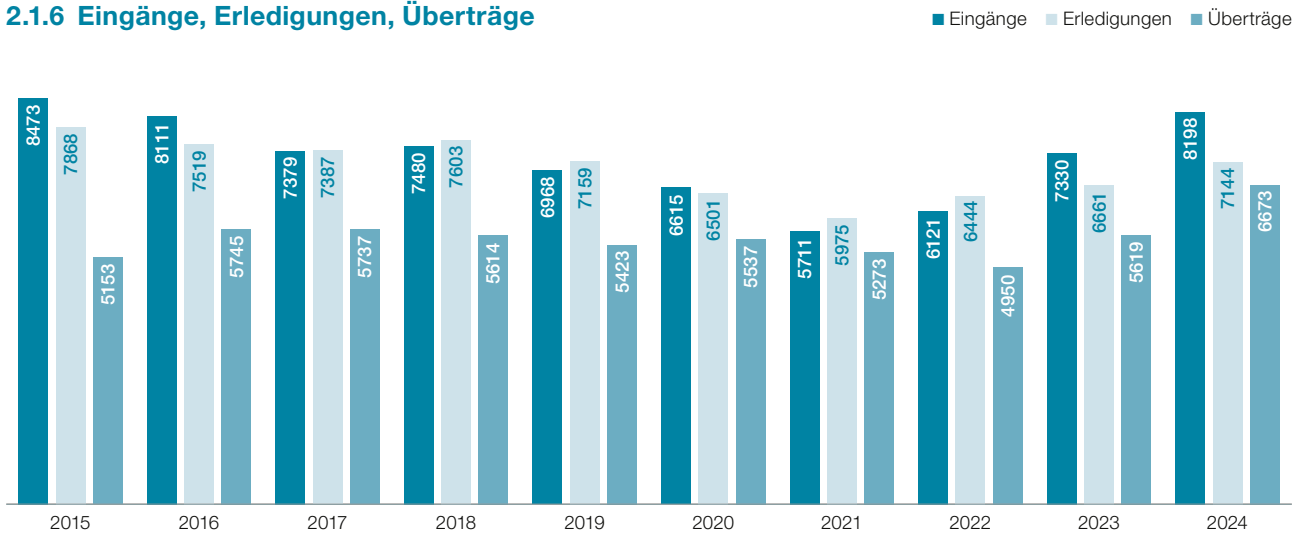
Die Differenzen zu den Zahlen gemäss letztjährigem Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen, Materienverschiebungen usw.).

### 2.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



In den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 wurden einige italienischsprachige Eingänge umverteilt auf die Verfahrenssprachen Deutsch (2024: 35 / 2023: 100 / 2022: 99 / 2021: 23) und Französisch (2024: 2 / 2023: 19 / 2022: 24 / 2021: 6).

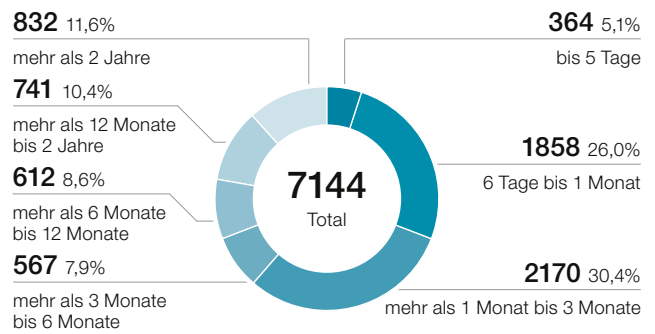
### 2.1.6 Eingänge, Erledigungen, Überträge





## 2.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	6 Tage bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 6 Monate	mehr als 6 Monate bis 12 Monate	mehr als 12 Monate bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2024
Beschwerden	326	1690	2005	534	604	734	828	<b>6721</b>
Klagen	-	-	-	-	-	-	1	<b>1</b>
Andere Rechtsmittel	22	82	94	21	5	6	1	<b>231</b>
Revisionsgesuche usw.	16	86	71	12	3	1	2	<b>191</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>364</b>	<b>1858</b>	<b>2170</b>	<b>567</b>	<b>612</b>	<b>741</b>	<b>832</b>	<b>7144</b>



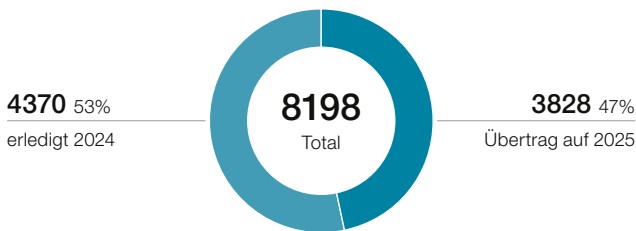
## 2.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	261	2825	422	3984
Klagen	1574	1574	251	327
Andere Rechtsmittel	69	961	233	1471
Revisionsgesuche usw.	59	1518	225	1386
<b>GESAMTDURCHSCHNITT</b>	<b>249</b>		<b>419</b>	

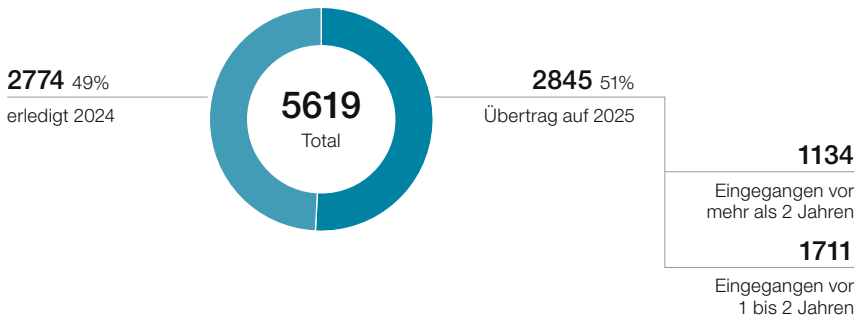
## 2.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus dem Vorjahr (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingang 2024	davon Erledigung 2024		davon Übertrag auf 2025		Übernommene Geschäfte von 2023	davon Erledigung 2024		davon Übertrag auf 2025		Neueingang 2024	Erledigung 2024	
Abteilung I	513	137	27%	376	73%	861	481	56%	380	44%	513	618	120%
Abteilung II	424	142	33%	282	67%	702	240	34%	462	66%	424	382	90%
Abteilung III	530	148	28%	382	72%	819	299	37%	520	63%	530	447	84%
Abteilung IV	2920	1663	57%	1257	43%	1243	693	56%	550	44%	2920	2356	81%
Abteilung V	2429	1427	59%	1002	41%	1338	568	42%	770	58%	2429	1995	82%
Abteilung VI	1382	853	62%	529	38%	656	493	75%	163	25%	1382	1346	97%
<b>TOTAL</b>	<b>8198</b>	<b>4370</b>	<b>53%</b>	<b>3828</b>	<b>47%</b>	<b>5619</b>	<b>2774</b>	<b>49%</b>	<b>2845</b>	<b>51%</b>	<b>8198</b>	<b>7144</b>	<b>87%</b>

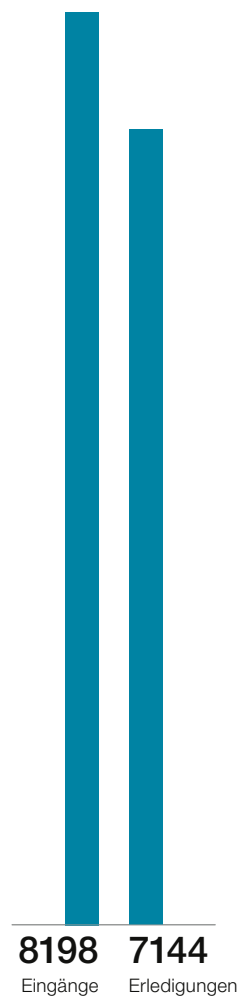
### 2.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



### 2.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

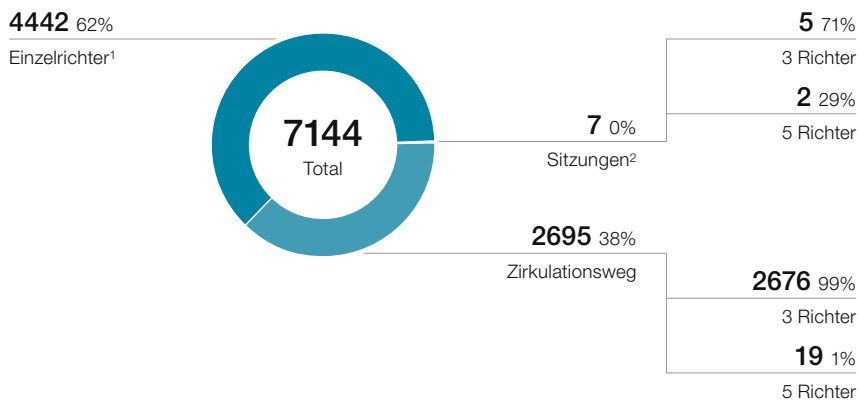


### 2.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



## 2.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzelrichter <sup>1</sup>	Zirkulationsweg			Sitzungen <sup>2</sup>		
		3 Richter	5 Richter	Total	3 Richter	5 Richter	Total
Beschwerden	4191	2504	19	2523	5	2	7
Klagen	–	1	–	1	–	–	–
Andere Rechtsmittel	142	89	–	89	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	109	82	–	82	–	–	–
<b>TOTAL</b>	<b>4442</b>	<b>2676</b>	<b>19</b>	<b>2695</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>7</b>



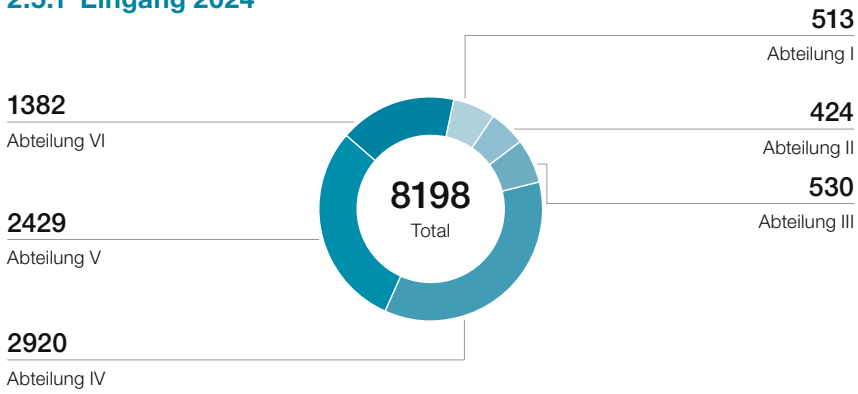
<sup>1</sup> Darin enthalten sind 1963 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweirichters nach Art. 111 Bst. e AsylG.

<sup>2</sup> Urteilsberatungen

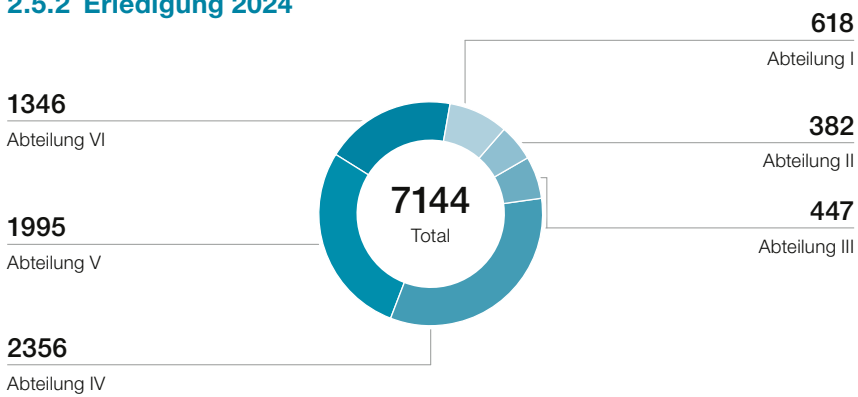
## 2.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2023	Eingang 2024	Erledigung 2024	Übertrag auf 2025
<b>Abteilung I</b>				
Beschwerden	857	491	603	745
Klagen	–	1	–	1
Andere Rechtsmittel	3	17	12	8
Revisionsgesuche usw.	1	4	3	2
<b>Total</b>	<b>861</b>	<b>513</b>	<b>618</b>	<b>756</b>
<b>Abteilung II</b>				
Beschwerden	700	420	377	743
Klagen	1	1	1	1
Andere Rechtsmittel	–	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	1	3	4	–
<b>Total</b>	<b>702</b>	<b>424</b>	<b>382</b>	<b>744</b>
<b>Abteilung III</b>				
Beschwerden	814	525	440	899
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	3	4	4	3
Revisionsgesuche usw.	2	1	3	–
<b>Total</b>	<b>819</b>	<b>530</b>	<b>447</b>	<b>902</b>
<b>Abteilung IV</b>				
Beschwerden	1206	2727	2171	1762
Andere Rechtsmittel	16	81	85	12
Revisionsgesuche usw.	21	112	100	33
<b>Total</b>	<b>1243</b>	<b>2920</b>	<b>2356</b>	<b>1807</b>
<b>Abteilung V</b>				
Beschwerden	1310	2277	1841	1746
Andere Rechtsmittel	21	81	93	9
Revisionsgesuche usw.	7	71	61	17
<b>Total</b>	<b>1338</b>	<b>2429</b>	<b>1995</b>	<b>1772</b>
<b>Abteilung VI</b>				
Beschwerden	644	1331	1289	686
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	8	32	37	3
Revisionsgesuche usw.	4	19	20	3
<b>Total</b>	<b>656</b>	<b>1382</b>	<b>1346</b>	<b>692</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>5619</b>	<b>8198</b>	<b>7144</b>	<b>6673</b>

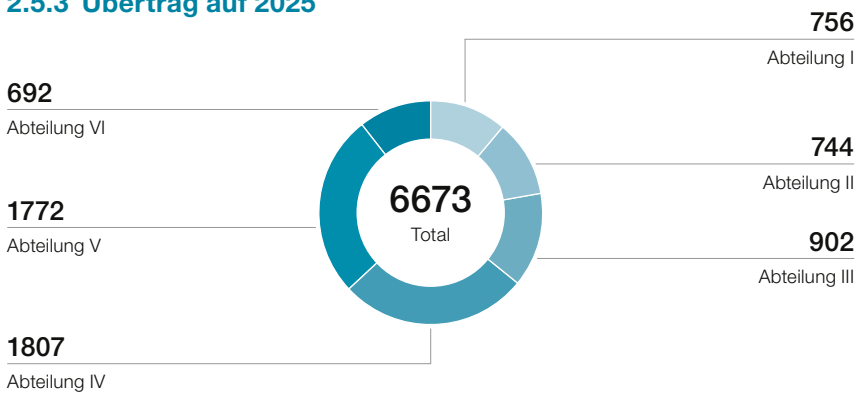
### 2.5.1 Eingang 2024



### 2.5.2 Erledigung 2024



### 2.5.3 Übertrag auf 2025



## 2.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Eingang					Erledigung				
	2020	2021	2022	2023	2024	2020	2021	2022	2023	2024
<b>Abteilung I</b>										
Beschwerden	811	741	625	642	491	628	698	762	554	603
Klagen	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	36	24	21	11	17	29	27	19	16	12
Revisionsgesuche usw.	3	5	-	3	4	2	6	-	2	3
<b>Total</b>	<b>850</b>	<b>770</b>	<b>646</b>	<b>656</b>	<b>513</b>	<b>659</b>	<b>731</b>	<b>781</b>	<b>572</b>	<b>618</b>
<b>Abteilung II</b>										
Beschwerden	364	377	409	737	420	413	354	428	365	377
Klagen	2	2	2	1	1	3	2	-	7	1
Andere Rechtsmittel	1	-	-	1	-	2	-	-	1	-
Revisionsgesuche usw.	2	1	2	3	3	4	1	2	2	4
<b>Total</b>	<b>369</b>	<b>380</b>	<b>413</b>	<b>742</b>	<b>424</b>	<b>422</b>	<b>357</b>	<b>430</b>	<b>375</b>	<b>382</b>
<b>Abteilung III</b>										
Beschwerden	597	521	466	559	525	574	620	507	489	440
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	3	13	6	1	4	1	13	7	1	4
Revisionsgesuche usw.	9	5	2	8	1	10	6	3	6	3
<b>Total</b>	<b>609</b>	<b>539</b>	<b>474</b>	<b>568</b>	<b>530</b>	<b>585</b>	<b>639</b>	<b>517</b>	<b>496</b>	<b>447</b>
<b>Abteilung IV</b>										
Beschwerden	1694	1333	1617	2105	2727	1695	1430	1650	1972	2171
Andere Rechtsmittel	48	39	71	86	81	45	39	66	82	85
Revisionsgesuche usw.	101	56	47	71	112	104	61	48	63	100
<b>Total</b>	<b>1843</b>	<b>1428</b>	<b>1735</b>	<b>2262</b>	<b>2920</b>	<b>1844</b>	<b>1530</b>	<b>1764</b>	<b>2117</b>	<b>2356</b>
<b>Abteilung V</b>										
Beschwerden	1625	1319	1467	1803	2277	1647	1412	1561	1746	1841
Andere Rechtsmittel	61	52	46	80	81	56	49	46	71	93
Revisionsgesuche usw.	64	47	37	45	71	67	43	46	47	61
<b>Total</b>	<b>1750</b>	<b>1418</b>	<b>1550</b>	<b>1928</b>	<b>2429</b>	<b>1770</b>	<b>1504</b>	<b>1653</b>	<b>1864</b>	<b>1995</b>
<b>Abteilung VI</b>										
Beschwerden	1130	1128	1246	1123	1331	1151	1164	1245	1194	1289
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	43	24	47	33	32	47	25	45	28	37
Revisionsgesuche usw.	21	24	10	18	19	23	25	9	15	20
<b>Total</b>	<b>1194</b>	<b>1176</b>	<b>1303</b>	<b>1174</b>	<b>1382</b>	<b>1221</b>	<b>1214</b>	<b>1299</b>	<b>1237</b>	<b>1346</b>
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>6615</b>	<b>5711</b>	<b>6121</b>	<b>7330</b>	<b>8198</b>	<b>6501</b>	<b>5975</b>	<b>6444</b>	<b>6661</b>	<b>7144</b>





## 2.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Staat – Volk – Behörden</b>					
120.00 Sicherheit der Eidgenossenschaft	1	-	-	-	1
140.00 Bürgerrecht	45	-	1	2	48
141.00 Ausländerrecht	638	-	15	15	668
142.10 Asylverfahren	4324	-	34	145	4503
142.50 Asyl Verschiedenes	106	-	6	-	112
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	6	-	-	-	6
144.00 Ausweisschriften	19	-	2	-	21
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	16	-	-	-	16
170.00 Staatshaftung (Bund)	13	-	-	-	13
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	37	-	157	19	213
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	28	-	-	-	28
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	43	-	-	-	43
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	7	-	-	-	7
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern und Finanzmarkt)	170	-	-	1	171
<b>Total Staat – Volk – Behörden</b>	<b>5453</b>	<b>-</b>	<b>215</b>	<b>182</b>	<b>5850</b>
<b>Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung</b>					
210.10 Stiftungsaufsicht	3	-	-	-	3
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-
210.30 Solidaritätsbeiträge	2	-	-	-	2
221.10 Revisionsaufsicht	4	-	-	-	4
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	1	-	-	-	1
232.10 Urheberrecht	-	-	-	-	-
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	49	-	-	1	50
232.50 Erfindungspatente	2	-	-	-	2
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	147	-	6	1	154
232.70 Ursprungsbezeichnungen	-	-	-	-	-
232.80 Wappenschutz	1	-	-	-	1
251.00 Kartelle	8	-	-	-	8
<b>Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung</b>	<b>217</b>	<b>-</b>	<b>6</b>	<b>2</b>	<b>225</b>
<b>Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</b>					
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-
<b>Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Schule – Wissenschaft – Kultur</b>					
410.00 Schule	100	-	-	2	102
420.00 Wissenschaft und Forschung	9	-	-	-	9
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	1	-	-	-	1
450.00 Natur- und Heimatschutz	1	-	-	-	1
<b>Total Schule – Wissenschaft – Kultur</b>	<b>111</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>2</b>	<b>113</b>
<b>Landesverteidigung</b>					
500.00 Landesverteidigung	9	-	-	-	9
<b>Finanzen</b>					
610.00 Subventionen	5	-	-	-	5
630.00 Zölle	34	-	1	-	35
641.00 Stempelabgaben	3	-	1	-	4
641.99 Indirekte Steuern	91	-	2	-	93
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST)	90	-	2	-	92
650.00 Schwerverkehrsabgabe	-	-	-	-	-
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	1	-	-	-	1
650.99 Direkte Steuern	-	-	-	-	-
654.00 Verrechnungssteuer	15	-	-	-	15
655.00 Internationales Steuerrecht	-	-	-	-	-
699.00 Finanzen (Übriges)	1	-	-	-	1
<b>Total Finanzen</b>	<b>149</b>	<b>-</b>	<b>4</b>	<b>-</b>	<b>153</b>

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionsgesuche usw.	Total
<b>Öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>					
711.00 Enteignung	30	-	-	-	30
725.00 Nationalstrassen	8	-	-	-	8
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	7	-	-	-	7
730.20 Elektrische Anlagen	26	-	-	-	26
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	-	-	-	-	-
742.00 Eisenbahnen	24	-	-	-	24
748.10 Luftfahrtanlagen	9	-	-	-	9
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	11	-	-	-	11
749.00 Übrige Anlagen	-	-	-	-	-
783.00 Post, Fernmeldewesen	15	-	-	-	15
785.00 Radio und Fernsehen	32	-	-	-	32
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	-	-	-	-	-
<b>Total öffentliche Werke – Energie – Verkehr</b>	<b>162</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>162</b>
<b>Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit</b>					
810.10 Medizin und Menschenwürde	-	-	-	-	-
810.20 Medizinalberufe	10	-	-	-	10
810.30 Heilmittel	40	-	1	-	41
810.40 Chemikalien	5	-	-	-	5
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	7	-	-	1	8
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	1	-	-	-	1
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	1	-	-	-	1
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	14	-	-	-	14
830.00 Sozialversicherung	434	-	3	3	440
830.10 Sozialversicherung AT	15	-	-	-	15
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	81	-	1	1	83
830.40 Invalidenversicherung (IV)	218	-	-	1	219
830.50 Krankenversicherung	48	-	2	1	51
830.60 Unfallversicherung	6	-	-	-	6
830.70 Berufliche Vorsorge	40	-	-	-	40
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	-	-	-	-	-
830.90 Familienzulagen	-	-	-	-	-
830.95 Arbeitslosenversicherung	26	-	-	-	26
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	-	-	-	-	-
850.00 Fürsorge	-	-	-	-	-
<b>Total Gesundheit – Arbeit – soziale Sicherheit</b>	<b>512</b>	<b>-</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>520</b>
<b>Wirtschaft – technische Zusammenarbeit</b>					
901.00 Investitions- und Standortförderung	9	-	-	-	9
910.00 Landwirtschaft	22	-	-	1	23
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	6	-	-	-	6
930.00 Industrie und Gewerbe	2	-	-	-	2
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	1	-	-	-	1
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	48	1	-	-	49
950.20 Finanzmarktaufsicht	28	-	-	-	28
990.99 Wirtschaft – technische Zusammenarbeit (Übriges)	-	-	-	-	-
<b>Total Wirtschaft – technische Zusammenarbeit</b>	<b>87</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>1</b>	<b>89</b>
999.00 Übriges	21	-	2	-	23
<b>GESAMTTOTAL</b>	<b>6721</b>	<b>1</b>	<b>231</b>	<b>191</b>	<b>7144</b>

## VERGLEICHSTABELLE

### Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)*	Bundesgericht	Bundesstrafgericht	Bundesverwaltungsgericht	Bundespatentgericht
Anzahl Richter/-innen	40	19,3	65,4	3,7
Anzahl Gerichtsschreiber/-innen	143,9	28,5	204,7	1
Anzahl übrige Mitarbeitende	163,3	30,9	115	1,3
<b>Geschäftslast</b>				
Bestand am Anfang des Jahres	3631	243	5619	29
Anzahl Eingänge	7493	619	8198	20
Anzahl Erledigungen	7349	582	7144	25
Bestand am Ende des Jahres	3775	280	6673	24
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	195	269 <sup>1</sup> /178 <sup>2</sup> /144 <sup>3</sup>	249	359 <sup>4</sup> /125 <sup>5</sup>
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	77	9	1134	0
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2024 eingegangenen Fällen	57%	63,5%	53%	45%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2024 erledigten Fälle	84%	77,8%	49%	55%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	98%	94%	87%	125%
<b>Finanzen (in CHF)</b>				
<b>Erfolgsrechnung</b>				
<b>Ertrag</b>	21 029 098	7 367 750	5 623 606	1 044 494 <sup>6</sup>
<b>Aufwand</b>	114 476 821	19 525 304	93 215 097	1 508 459
Personalaufwand	88 658 044	16 628 880	78 735 432	1 257 349
Sach- und übriger Betriebsaufwand	25 520 575	2 968 776	14 533 562	215 119
Einlage in Rückstellungen	0	-112 000	-100 437	35 991
Abschreibung Verwaltungsvermögen	298 203	39 647	46 540	0
<b>Investitionsrechnung</b>				
<b>Einnahmen</b>	0	0	0	0
<b>Ausgaben</b>	318 358	16 744	70 465	0
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	318 358	16 744	70 465	0
<b>Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben</b>	18,3%	3,8%	6,0%	69,2% <sup>6</sup>
<b>Besonderes</b>				
Unentgeltliche Rechtspflege	686 632	34 709	667 861	0
Informatik-Sachaufwand	2 447 925	555 783	4 830 326	137 341
Raummiete	7 411 800	1 133 520	4 019 400	58 500

\* Jahresmittelwert

<sup>1</sup> Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer<sup>2</sup> Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer<sup>3</sup> Mittlere Dauer der Verfahren der Berufungskammer<sup>4</sup> Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren<sup>5</sup> Mittlere Dauer der summarischen Verfahren<sup>6</sup> Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 463 965.77)